

# Kooperationsvereinbarung

zwischen den Pfarreien  
Herz Jesu – St. Bonifaz – St. Sebald  
in Erlangen

## Präambel

Eine zukunftsorientierte Pastoral kann nur eine kooperative Pastoral sein. Die Kirche kann ihren Aufgaben in Zukunft nur durch verstärkte, solidarische Zusammenarbeit über Pfarreigrenzen hinweg gerecht werden.

Gerade in der Mitte Erlangens stellen sich zahlreiche gemeinsame Aufgaben, die von den hier bestehenden Pfarreien gemeinsam bedacht und wahrgenommen werden müssen. Die Zusammenarbeit der Pfarreien Herz Jesu, St. Bonifaz und St. Sebald mit ihren unterschiedlichen Prägungen schafft die Möglichkeit, möglichst vielen Menschen ein sie ansprechendes Angebot zu machen.

Um der pastoralen Arbeit im Seelsorgebereich eine gemeinsame Grundausrichtung zu geben, die Zusammenarbeit der einzelnen Pfarreien im Bereich der Verwaltung zu stärken und die pfarrlichen Strukturen und Gremien vertieft auf die Kooperation im Seelsorgebereich auszurichten, treffen die beteiligten Pfarreien und die dazu gehörenden Kirchengemeinden die nachfolgende Vereinbarung.

## § 1 Kooperationsform und Name

Die Pfarreien Herz Jesu, St. Bonifaz und St. Sebald, alle in Erlangen, bilden gemäß can. 374 § 2 des Codex Iuris Canonici und den Statuten der Seelsorgebereiche im Erzbistum Bamberg (siehe Amtsblatt für das Erzbistum Bamberg 12/2005) zukünftig einen Seelsorgebereich.

Sie wählen die Kooperationsform des Pfarreienverbundes und führen den Namen Pfarreienverbund Erlanger Mitte.

## § 2 Zusammenarbeit in der Pastoral

Die Pfarreien verpflichten sich, bei der Wahrnehmung pastoraler Aufgaben in einzelnen Bereichen der Liturgie, der Verkündigung und der Caritas zusammenzuarbeiten und anstehende pastorale Aufgaben gemeinsam anzugehen. Sie informieren einander über die Planung und Gestaltung der übrigen Seelsorge in den einzelnen Pfarreien.

Die Versorgung mit Eucharistiefeiern soll so organisiert werden, dass in jeder der 3 Gemeinden eine möglichst gleichberechtigte und den Erfordernissen entsprechende Anzahl gefeiert wird.

## Gemeinsamer Ausschuss

Zur Koordinierung und Durchführung der gemeinsamen pastoralen Aufgaben bilden die Pfarreien unter Beibehaltung der örtlichen Pfarrgemeinderäte einen Gemeinsamen Ausschuss.

- Er setzt sich folgendermaßen zusammen:
  - Die Pfarrer und Kapläne bzw. Diakone im Seelsorgebereich
  - Die Pastoralreferenten und Gemeindeferenten im Seelsorgebereich
  - Die Vorstände eines jeden der örtlichen Pfarrgemeinderäte
  - Ein Vertreter des gemeinsamen Verwaltungsausschusses als Gast in beratender Funktion
- Er hat folgende Aufgaben und Kompetenzen:
  - Er berät die Themen, die die Zusammenarbeit im Seelsorgebereich berühren oder alle Pfarreien miteinander betreffen und fasst die damit zusammenhängenden Beschlüsse.  
Dies sind z. B.:
    - Koordination der Gottesdienste in Termin, Form und Liturgie
    - Öffentlichkeitsarbeit
    - Pfarreiübergreifende Seelsorge  
(z.B. Innenstadtseelsorge, Seelsorge im Röthelheimpark u.a.)
- Zur Arbeitsweise wird vereinbart:
  - Es gelten die Satzungen für die Pfarrgemeinderäte analog hinsichtlich:
    - Einladung
    - Öffentlichkeit
    - Beratung
    - Beschlussfassung
    - Bildung gemeinsamer Sachausschüssemit folgenden Ausnahmen:
  - Der Gemeinsame Ausschuss wählt aus den Vorsitzenden der örtlichen Pfarrgemeinderäte einen Sprecher, die beiden anderen Pfarrgemeinderatsvorsitzenden sind automatisch seine Stellvertreter, deren Reihenfolge durch Wahl bestimmt wird.
  - Der Gemeinsame Ausschuss tritt in der Regel zweimal jährlich zusammen
  - Auf Verlangen mindestens eines Pfarrers oder Vorsitzenden eines örtlichen Pfarrgemeinderates muss der Sprecher des Gemeinsamen Ausschusses eine Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses einberufen.
  - Stimmt mindestens ein Vorsitzender eines örtlichen Pfarrgemeinderates einer Pfarrei gegen einen Antrag, so gilt dieser als abgelehnt (Vetorecht jedes Pfarrgemeinderats).
  - Für die Vorstände gibt es die Möglichkeit, durch ein schriftlich beauftragtes Mitglied des betreffenden Pfarrgemeinderates vertreten zu werden.

## **Zusammenarbeit des Pastoralen Personals**

Der Pastoralplan für das Erzbistum Bamberg verpflichtet das Pastorale Personal zur Zusammenarbeit im Team und erläutert dies insbesondere in den Abschnitten „Kooperative Pastoral“, „Pastoral im Netzwerk“ und „Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in Seelsorge und Verwaltung“. Näheres ist in den Statuten der Seelsorgebereiche im Erzbistum Bamberg geregelt. Das Pastorale Personal im Seelsorgebereich ist in gleicher Weise für die Seelsorge in allen Pfarreien verantwortlich.

### **§ 3 Zusammenarbeit in der Pfarrverwaltung**

#### **(I) Aufgaben und Zusammenarbeit der Kirchenstiftungen bzw. Kirchenverwaltungen**

Die Verwaltung der Kirchenstiftungen obliegt auch nach Bildung des Pfarreienverbunds den jeweiligen Kirchenverwaltungen (Art. 1, 11 KiStiftO), die diese in eigener Verantwortung abgestimmt auf die pastoralen Grundentscheidungen für den Seelsorgebereich wahrnehmen.

Es kann sich als sinnvoll erweisen, einzelne Aufgaben gemeinsam wahrzunehmen oder sie durch eine der Kirchenstiftungen für die anderen mit erledigen zu lassen.

Die Kirchenverwaltungen der am Verbund beteiligten Pfarreien bilden daher einen gemeinsamen Verwaltungsausschuss.

#### **(II) Gemeinsame Aufgaben**

Aufgaben der Kirchenverwaltung werden nur dann gemeinsam oder durch eine der Kirchenstiftungen als Geschäftsführerin erledigt, wenn dies durch diese Kooperationsvereinbarung selbst oder durch übereinstimmende Beschlüsse aller drei beteiligten Kirchenverwaltungen so bestimmt ist.

Die entsprechenden Beschlüsse müssen auch das zur Erledigung der Aufgabe zur Verfügung stehende Budget festlegen.

#### **(III) Gemeinsamer Verwaltungsausschuss**

Der Gemeinsame Verwaltungsausschuss besteht aus den Kirchenverwaltungsvorständen und Kirchenpflegern der beteiligten Kirchenstiftungen sowie weiteren, von den Kirchenverwaltungen zu wählenden Vertretern; jede der beteiligten Kirchenstiftungen entsendet insgesamt drei Personen in den gemeinsamen Verwaltungsausschuss. Jedes Mitglied kann sich durch ein anderes Mitglied seiner Kirchenverwaltung vertreten lassen.

Zu den Sitzungen des gemeinsamen Verwaltungsausschusses ist jeweils ein Vertreter des Gemeinsamen Ausschusses der Pfarrgemeinderäte als Gast mit dem Recht zur Meinungsäußerung einzuladen (Art. 24 III KiStiftO).

Der vom Erzbischof ernannte leitende Pfarrer des Pfarreienverbunds bzw. sein Vertreter bereitet die Sitzungen des gemeinsamen Verwaltungsausschusses vor, beruft sie ein und leitet sie. Im Übrigen gelten Art. 13,15 und 16 KiStiftO sinngemäß.

Der gemeinsame Verwaltungsausschuss dient der wechselseitigen Information über die von den einzelnen Kirchenverwaltungen in eigener Zuständigkeit zu erledigenden Angelegenheiten.

Er berät, wie die Finanz- und Verwaltungsaufgaben, die alle beteiligten Kirchengemeinden gemeinsam betreffen, wahrgenommen werden können, und bereitet die entsprechenden Entscheidungen der zuständigen Kirchenverwaltungen vor. Dies gilt insbesondere für die Verwendung der Schlüsselzuweisungen der Diözese, soweit diese nicht schon in dieser Vereinbarung festgelegt ist, und die Aufbringung der Kosten für die gemeinsamen Aufgaben.

Der gemeinsame Verwaltungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend und jede der beteiligten Kirchenstiftungen vertreten ist. Seine Beschlüsse müssen mit der Mehrheit der Vertreter jeder Kirchenstiftung gefasst werden.

Über die Sitzungen des Gemeinsamen Verwaltungsausschusses ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Protokollführer und dem leitenden Pfarrer zu unterzeichnen ist. Die Protokolle des Gemeinsamen Verwaltungsausschusses sind allen Mitgliedern der Kirchenverwaltungen zugänglich. Im Übrigen gelten die Art. 17 ff. KiStiftO entsprechend.

#### **(IV) Schlüsselzuweisungen**

Die Kirchenstiftung, in welcher der leitende Pfarrer des Seelsorgebereichs seinen Sitz hat, richtet ein besonderes Konto ein, über welches der Zahlungsverkehr des Seelsorgebereichs abgewickelt wird.

Auf dieses Konto werden die dem Seelsorgebereich von der Diözese zugewiesenen Personal- und Sachmittelbudgets überwiesen und unmittelbar auf die einzelnen Kirchenstiftungen weiter verteilt. Hierfür gilt derselbe Schlüssel, den die Diözese gegenüber den Seelsorgebereichen verwendet.

Die Kosten der gemeinsamen Aufgaben werden im Rahmen der dafür von den Kirchenverwaltungen beschlossenen Budgets (vgl. Absatz II) im Haushaltsplan dieser Kirchenstiftung veranschlagt und nach dem selben Schlüssel, wie er für die diözesanen Schlüsselzuweisungen verwendet wird, auf die einzelnen Kirchenstiftungen umgelegt.

#### **(V) Solidare Finanzgemeinschaft**

Der Seelsorgebereich ist eine solidare Finanzgemeinschaft und gewährleistet vergleichbare Arbeitsbedingungen für die Pastoral in seinem gesamten Bereich.

Ist die Finanzierung der notwendigen Aufgaben einer Kirchenstiftung nicht mehr gesichert, ist dies dem gemeinsamen Verwaltungsausschuss darzulegen. Die Kirchenstiftungen des Seelsorgebereichs sind in diesem Fall verpflichtet, gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten.

## **§ 4 Organisation der Pfarrbüros**

Den in den örtlichen Pfarreien weiterbestehenden Pfarrbüros kommt eine wichtige Funktion als erste Anlaufstelle für pastorale und verwaltungstechnische Aufgaben zu.

Die Pfarrbüros arbeiten kooperativ zusammen. Ihre Öffnungszeiten richten sich nach den örtlichen Erfordernissen und werden auf der Ebene des Seelsorgebereichs so abgestimmt, dass während einer möglichst langen Zeit wenigstens ein Pfarrbüro für seelsorgerliche Anliegen erreichbar ist.

## **§ 5 Schlussbestimmungen**

- (I) Dieser Kooperationsvereinbarung hat jede der beteiligten Pfarreien per Votum (Pfarrer, Pfarrgemeinderat, Kirchenverwaltung) mehrheitlich zugestimmt. Nach Prüfung durch die Hauptabteilung Seelsorge wird der Seelsorgebereich durch ein entsprechendes Dekret des Erzbischofs errichtet.
- (II) Treten bei der Umsetzung Meinungsverschiedenheiten über den Inhalt dieser Vereinbarung auf, die trotz mehrmaliger Beratung im gemeinsamen Ausschuss bzw. im Gemeinsamen Verwaltungsausschuss nicht behoben werden können, so kann von jedem der Beteiligten die Hauptabteilung Seelsorge angerufen werden. Kommt auch dadurch kein Einvernehmen zustande, wird die Angelegenheit der Ordinariatskonferenz zur Entscheidung vorgelegt.
- (III) Beantragt einer der Vertragspartner eine Änderung und kann hierüber nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten eine Einigung erzielt werden, so kann die Hauptabteilung Seelsorge angerufen werden. Kommt auch dadurch kein Einvernehmen zustande, wird die Angelegenheit der Ordinariatskonferenz zur Entscheidung vorgelegt.
- (IV) Änderungen dieser Vereinbarungen sind nur mit Zustimmung aller Beteiligten und der Genehmigung des Erzbischöflichen Ordinariats möglich.

Erlangen, Datum

**für die Pfarrei Herz Jesu**

.....  
Pfarrer

.....  
Vorsitzender des Pfarrgemeinderates

.....  
Kirchenpfleger

Dienstsiegel

**für die Pfarrei St. Bonifaz**

.....  
Pfarrer

.....  
Vorsitzender des Pfarrgemeinderates

.....  
Kirchenverwaltungsvorstand

Dienstsiegel

**für die Pfarrei St. Sebald**

.....  
Pfarradministrator

.....  
Vorsitzender des Pfarrgemeinderates

.....  
Kirchenpfleger

Dienstsiegel